

Geschäftsführung:  
Fachdienst Rat und Bürgermeister

## **NIEDERSCHRIFT**

**über die öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Lüdenscheid**

**am 13.07.2026**

**im Ratssaal**

### **Anwesend:**

#### **Vorsitz des Rates:**

Bürgermeister Sebastian Wagemeyer

#### **von der CDU-Fraktion:**

Ratsfrau Geshimani Demirtzoglou

Ratsherr Michael Dregger

Ratsfrau Andrea Feldmann

Ratsherr Oliver Fröhling

Ratsherr Daniel Kahler

Ratsherr Lucas Karich

Ratsfrau Valeria Klette

Ratsfrau Susanne Mewes

Ratsherr Michael Meyer

Ratsfrau Magdalena Schulte

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn

Ratsfrau Anja Tadday-Schlichting

Anwesend ab Tagesordnungspunkt 8  
der öffentlichen Sitzung.

Erster Stellvertretender Bürgermeister Christoph Weiland

#### **von der SPD-Fraktion:**

Ratsherr Gordan Dudas MdL

Ratsfrau Fabiola Ferber

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke

Ratsfrau Sara Franke

Ratsherr Dominik Hass-Sommer

Ratsherr Jamel Hellwig  
Ratsherr Thomas Kruber  
Ratsherr Yasin Kut  
Ratsfrau Heide-Marie Skorupa  
Ratsfrau Ramona Ullrich  
Ratsherr Jens Voß

**von der AfD-Fraktion:**

Ratsherr Bastian Eichhoff  
Ratsherr Damijan Kaufman  
Ratsherr Peter Oettinghaus  
Ratsherr Leif Rosenberg  
Ratsherr Thomas Rösner  
Ratsherr Darius Michael Stach  
Ratsherr Thomas Staubach  
Ratsherr Christoph Thiel  
Ratsherr Tobias Weigt

**von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Ratsfrau Ilona Bartocha  
Ratsherr Andreas Stach  
Ratsfrau Tanja Tschöke

**von der Fraktion Die Linke:**

Ratsfrau Daniela Eichstädt  
Ratsherr Otto Ersching  
Ratsfrau Jennifer Schmidt

**von der FDP-Fraktion:**

Ratsfrau Brunhilde Gromball  
Ratsherr Jens Holzrichter

**Verwaltung:**

Erster Beigeordneter Fabian Kessler  
Beigeordneter und Stadtkämmerer Sven Haarhaus  
Herr Frank Kusmirtz  
Herr Dominik Petereit  
Herr Stephan Theo Hammer  
Herr Matthias Reuver  
Herr Dr. Kai Pfundheller  
Frau Diana Kaiser

### **Schriftführung:**

Frau Anna Mellinger

### **Abwesend:**

#### **von der CDU-Fraktion:**

Ratsherr Mert Can Cetin

Ratsherr Björn Weiß

#### **von der SPD-Fraktion:**

Ratsherr Manuel Bunge-Altenberg

Ratsherr Holger Kluin

Ratsfrau Lenia Sommer

Beginn: 17:02 Uhr

Ende: 20:21 Uhr

## **1. Öffentliche Fragestunde**

---

### **1.1. Extremwetterereignisse Forum und P&C-Gebäude Fußgänger- und Radfahrerbrücke Am Kattendiek**

---

In der öffentlichen Fragestunde meldet sich Herr Bartsch zu Wort.

Herr Bartsch hat zu insgesamt drei Themenbereichen Fragen:

#### **1. Umgang mit zunehmenden Extremwetterereignissen**

Herr Bartsch nimmt Bezug auf die zuletzt aufgetretene Hitzewelle und stellt folgende Fragen:

- Reagiert die Stadt Lüdenscheid mit konkreten Maßnahmen auf die zunehmenden Extremwetterereignisse?
- Auf welche Aufgaben und Dienstleistungen kann die Stadt Lüdenscheid zugunsten des Klimaschutzes verzichten?
- Welche Personalausstattung ist im Fachdienst Klima- und Umweltschutz, Grünflächenplanung (Fachdienst 67) erforderlich, um deren Leistungen und Ziele erfüllen zu können?
- Was sind die Inhalte des Investitionsplanes zur Klimaneutralität?

#### **2. Forum und P&C-Gebäude**

Im Hinblick auf die Zukunft des Forums und des P&C-Gebäudes weist Herr Bartsch auf das Instrument der direkten Demokratie in Form eines Ratsbürgerentscheids gemäß § 26 Gemeindeordnung NRW hin.

Er fragt, ob der Bürgermeister und die Ratsmitglieder bereit sind, mit einer Zweidrittelmehrheit einen Ratsbürgerentscheid nach § 26 GO NRW zu beschließen. Dadurch solle den Bürgerinnen und Bürgern in Lüdenscheid die Möglichkeit gegeben werden, sich zur weiteren Entwicklung des Forums und des P&C-Gebäudes zu äußern.

### 3. Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Lösenbacher Landstraße / Am Kattendiek

Herr Bartsch weist darauf hin, dass sowohl an der Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Lösenbacher Landstraße (Am Kattendiek) als auch an der Brücke über die Bahnlinie Im Winkel zum Wikingerweg Personenzähler angebracht worden seien.

Für den Fall, dass auf einen Neubau der Brücke Am Kattendiek verzichtet werde, weist Herr Bartsch darauf hin, dass der bisherige Fußverkehr künftig über die Kreuzung Im Winkel/Am Freihof mit Ampelanlage geführt werden müsste. Dadurch würde der derzeit sichere Fußweg über die Brücke durch eine aus seiner Sicht deutlich gefährlichere Wegeführung ersetzt. Insbesondere für Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Erwachsene bestehe dort eine erhebliche Gefährdung.

Herr Bartsch verweist zudem auf einen schweren Unfall, der sich vor einigen Jahren an dieser Kreuzung ereignet habe. Darüber hinaus sei bei einer Änderung der Wegeführung mit einer Zunahme des Autoverkehrs zu rechnen.

Herr Bartsch bittet daher darum, die marode Brücke abzureißen und neu zu bauen.

### Stellungnahme des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagemeyer teilt zu den Fragen zu den Themenbereichen Extremwetterereignisse und Fußgänger- und Radfahrerbrücke mit, dass die Antworten hierzu nachgereicht würden.

Zur Frage eines Ratsbürgerentscheids zum Forum und P&C-Gebäude erläutert Bürgermeister Wagemeyer, dass in der heutigen Ratssitzung lediglich eine Grundsatzentscheidung zum P&C-Gebäude getroffen werde. Eine Entscheidung über die Zukunft des Forums sei nicht Gegenstand der heutigen Sitzung. Die Frage eines Ratsbürgerentscheids stelle sich daher derzeit nicht.

Der Kaufvertrag für das P&C-Gebäude solle zunächst final ausgearbeitet und anschließend erneut Gegenstand einer Ratsentscheidung werden. In der heutigen Sitzung werde somit noch keine abschließende Entscheidung für oder gegen den Kauf getroffen. Vielmehr solle die Verwaltung den Auftrag erhalten, den Kaufvertrag abschließend zu verhandeln, bevor eine finale Entscheidung getroffen werde.

Bürgermeister Wagemeyer führt zudem aus, dass er davon ausgehe, dass die erforderliche Zweidrittelmehrheit für einen Ratsbürgerentscheid in der heutigen Sitzung voraussichtlich nicht erreicht werde.

---

## 1.2. **Erwerb des P&C-Gebäudes**

In der öffentlichen Fragestunde meldet sich Frau Langs-Blöink zu Wort.

Frau Langs-Blöink bezieht sich auf den geplanten Erwerb des P&C-Gebäudes vor dem Hintergrund des Haushaltssicherungskonzeptes. Aus ihrer Sicht sollten insbesondere Einsparungen sowie notwendige Renovierungs- und Sanierungsmaßnahmen, unter anderem an Schulen und Sporthallen, im Vordergrund stehen. Sie stellt daher die Frage, ob angesichts der Haushaltslage der Erwerb eines weiteren größeren Objektes sinnvoll sei.

Darüber hinaus spricht sie die Auswirkungen auf die örtliche Gastronomie an und fragt, ob gastronomische Familienbetriebe auch künftig ausreichende Perspektiven hätten. Als Sprecherin des Kulturbeirates thematisiert sie zudem die Frage nach dem Bedarf eines weiteren kulturellen Veranstaltungsortes und ob eine entsprechende Entscheidung gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt getroffen werden könne.

#### Stellungnahme des Bürgermeisters

Bürgermeister Wagemeyer betont, dass die Themen Schulen und P&C-Gebäude nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten. Beim P&C-Gebäude gehe es insbesondere um die Stadtentwicklung und die Zukunft der Innenstadt. Gleichzeitig werde sowohl in der Vergangenheit als auch künftig in Bildungseinrichtungen investiert.

Er weist darauf hin, dass nach seiner Kenntnis bislang weder die an der Entscheidungsfindung Beteiligten noch Midstad öffentlich zu ihren Vorstellungen hinsichtlich einer möglichen Nutzung der Halle befragt worden seien.

Er erklärt, dass er wiederholt auf die weitere Entwicklung des Gebäudes angesprochen worden sei und nun die Möglichkeit bestehe, den bisherigen Stillstand zu beenden. Alle angesprochenen Aspekte seien wichtig, könnten jedoch nicht gegeneinander aufgewogen werden.

Zunächst solle die Verwaltung beauftragt werden, den Kaufvertrag abschließend auszuhandeln. Dieser werde anschließend dem Rat zur Entscheidung vorgelegt.

## **2. Berichts- und Beschlusskontrolle**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die Übersichten zur Kenntnis.

## **3. Einstellung von Nachwuchskräften im Jahr 2027 Vorlage: 160/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Zum Ausbildungsbeginn im Jahr 2027 werden folgende Ausbildungsplätze bereitgestellt:

|                                                                     |          |
|---------------------------------------------------------------------|----------|
| Stadtinspektoranwärter*innen (Bachelor of Laws/<br>Laufbahngr. 2.1) | 4 Plätze |
| Verwaltungsfachangestellte                                          | 9 Plätze |
| Fachangestellte*r für Medien- und Informationsdienste               | 1 Platz  |
| Erzieher/innen in der praxisintegrierten Ausbildung (PIA)           | 5 Plätze |

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 41

Ratsfrau Tadday-Schlichting ist zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

#### **4. Fortführung des Betriebes des Café "Navi" in Kooperation mit dem "Wohlfahrtszentrum Lüdenscheid e.V." Vorlage: 143/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Der Kooperation der Stadt Lüdenscheid mit dem Wohlfahrtszentrum Lüdenscheid e.V. zur gemeinsamen Fortführung des Betriebes des integrativen Beratungscafés Navi wird zugestimmt. Die entsprechende Kooperationsvereinbarung, einschließlich der vorgelegten Konzeption, soll für den Zeitraum 01.01.2027 bis 31.12.2029 geschlossen werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 41

Ratsfrau Tadday-Schlichting ist zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

#### **5. Empfehlungen der Tarifkommission zur Parkraumbewirtschaftung Vorlage: 034/2026**

---

##### **5.1. Empfehlungen der Tarifkommission zur Parkraumbewirtschaftung / 1. Ergänzung Vorlage: 034/2026/1**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Die Änderungen der Parkgebührenordnung werden in der Fassung der 1. Ergänzungsvorlage beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 41

Ratsfrau Tadday-Schlichting ist zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

#### **6. Grundsatzentscheidung zum Erwerb einer Innenstadtimmobilie Vorlage: 193/2026**

---

Ratsherr Staubach erklärt, dass die AfD-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Aus Sicht der Fraktion seien die vorgelegten Zahlen geschönt und das Vorhaben so nicht realisierbar.

Ratsherr Ersching teilt mit, dass auch die Fraktion Die Linke den Antrag ablehnen werde. Mit dem Gebäude müsse zwar etwas geschehen, das von Midstad vorgelegte Konzept sei jedoch zu starr und schränke die Möglichkeiten einer eigenständigen Entwicklung ein. Zudem müsse das Forum im Zusammenhang mit dem P&C-Gebäude betrachtet werden. Darüber hinaus sehe die Fraktion insbesondere ein Leerstandsrisiko.

Ratsherr Holzrichter erklärt, dass auch die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Der Einschätzung von Ratsherrn Ersching, das Konzept von Midstad sei zu starr, widerspreche er. Aus seiner Sicht sei eine Anmietung des Gebäudes zu bevorzugen, da das Risiko dann nicht vollständig bei der Stadt liege. Zudem sei offen, ob die Räumlichkeiten künftig überhaupt noch in dem Umfang benötigt würden.

Ratsherr Fröhling erklärt, dass er die Aussage, die Zahlen seien geschönt, nicht nachvollziehen könne. Es seien drei mögliche Szenarien vorgelegt worden, auf deren Grundlage nun Verhandlungen geführt werden sollten. Die Zukunft der Immobilie sei seit Langem Gegenstand politischer Beratungen, verbunden mit dem Wunsch nach einer Veränderung. Zudem sei ein Erwerb wirtschaftlicher als eine jahrzehntelange Anmietung. Ein Leerstandsrisiko lasse sich zwar nicht vollständig ausschließen, dürfe jedoch kein Ausschlusskriterium für einen Kauf sein. Darüber hinaus sei die Umsetzung durch einen privaten Projektentwickler einfacher, als wenn jeder einzelne Schritt durch die Politik beschlossen werden müsse.

Ratsherr Hass-Sommer führt aus, dass mit Midstad nun ein verlässlicher Projektentwickler zur Verfügung stehe, der die Umsetzung des Vorhabens ermöglichen könne. Neue Impulse seien für die Entwicklung der Innenstadt wichtig. Die Neugestaltung des Sternplatzes hänge maßgeblich von der Entwicklung dieses Gebäudes ab. Das geplante Nutzungskonzept stelle eine Ergänzung der freien Kulturszene dar, sei jedoch nicht mit Einrichtungen wie dem Kulturhaus, der Stadtbücherei oder den Museen vergleichbar.

Ratsherr Oettinghaus erklärt, er könne nicht nachvollziehen, weshalb im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes ein derart hoher finanzieller Aufwand betrieben werden solle.

Ratsherr Weiland betont, dass die CDU-Fraktion in der Vergangenheit keinen Mietvertrag abgeschlossen habe und dies auch künftig nicht tun werde. Einem Kaufvertrag stehe die Fraktion hingegen positiv gegenüber.

Ratsherr Dudas appelliert, den Blick auf die Zukunft zu richten. Es bestehe nun die Chance, eine seit Jahren unveränderte Situation zu verbessern. Darüber hinaus sehe er die Möglichkeit, durch eine Vermietung Mieteinnahmen zu erzielen. Er verweist auf verschiedene Studien, unter anderem des Städte- und Gemeindebundes, zur zukünftigen Entwicklung kommunaler Verwaltungen. Zwar werde durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz mit Veränderungen im Personalbedarf gerechnet, gleichzeitig entstünden jedoch neue Fachaufgaben. Nach den vorliegenden Studien werde der Personalbedarf insgesamt gleich bleiben oder sogar steigen, wenn auch mit veränderten Tätigkeiten. Zudem bezweifle er, dass sich andere Investoren für die Immobilie finden würden. Ohne eine Entwicklung werde das Gebäude weiter verfallen.

Ratsherr Holzrichter entgegnet, dass sich seine Ausführungen insbesondere auf die Themen Homeoffice und Desksharing bezögen. Da bislang kein Raumkonzept vorliege, lasse sich der zukünftige Raumbedarf derzeit nicht verlässlich einschätzen.

Ratsherr Ersching fragt nach, ob ein Erwerb des Gebäudes beziehungsweise der Fläche möglich sei, um das Projekt unabhängig von Midstad selbst zu entwickeln.

Bürgermeister Wagemeyer erklärt, dass er bezweifle, dass Midstad bereit sei, das Grundstück losgelöst von dem Gesamtprojekt zu veräußern. Die Gespräche zur konkreten Ausgestaltung würden fortgeführt.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit bei 14 Gegenstimmen der AfD-Fraktion, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion sowie drei Enthaltungen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt:

1. Der Erwerb der geplanten Immobilie am Standort Wilhelmstraße 2-10/Sternplatz zur Unterstützung der Innenstadtentwicklung, zur Beseitigung eines langjährigen städtebaulichen Missstandes und zur Deckung des städtischen Verwaltungsflächenbedarfs wird grundsätzlich weiterverfolgt. Die dargestellten Chancen und Risiken werden zur Kenntnis genommen.
2. Zur haushaltsrechtlichen Absicherung des weiteren Vorgehens werden die in dieser Vorlage dargestellten Änderungen über die Änderungslisten in den Haushalt 2026/2027 eingearbeitet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Verhandlungen mit dem Projektentwickler fortzuführen und die noch ausstehenden wirtschaftlichen, rechtlichen, steuerlichen, technischen und vergaberechtlichen Prüfungen unter Beteiligung externer Unterstützung abzuschließen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vertragsunterlagen einschließlich einer abschließenden Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, Risikoanalyse und Finanzierungsdarstellung zu erarbeiten.
5. Der endgültige Abschluss eines Grundstücks- und Immobilienkaufvertrages bleibt einer gesonderten Beschlussfassung des Rates vorbehalten.
6. Die Verwaltung berichtet dem Rat fortlaufend über den Stand der Projektentwicklung und legt die abschließenden Vertragsunterlagen zur Beschlussfassung vor.

### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 24 |
| Nein-Stimmen: | 14 |
| Enthaltungen: | 3  |

Ratsfrau Tadday-Schlichting ist zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

---

|           |                                                                             |
|-----------|-----------------------------------------------------------------------------|
| <b>7.</b> | <b>Anpassung der Beschlusslage zur baulichen Entwicklung der Westschule</b> |
|           | <b>Vorlage: 166/2026</b>                                                    |

---

|             |                                                                               |
|-------------|-------------------------------------------------------------------------------|
| <b>7.1.</b> | <b>Anpassung der Beschlusslage zur baulichen Entwicklung der Westschule /</b> |
|             | <b>1. Ergänzung</b>                                                           |
|             | <b>Vorlage: 166/2026/1</b>                                                    |

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit bei fünf Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion folgenden

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Das im Rahmen der Phase Null definierte pädagogische Raumkonzept als Grundlage für die weiteren Schritte der baulichen Umsetzung des Neubaus der Westschule heranzuziehen.
2. Zur haushaltsrechtlichen Absicherung des weiteren Vorgehens die in der Vorlage dargestellten Kosten für den Neubau und die notwendigen Folgekosten über die Änderungslisten in den Haushalt 2026/2027 einzuarbeiten.
3. Das Vergabeverfahren für das Totalunternehmermodell einzuleiten.
4. Die dargestellten Kriterien für den Teilnahmewettbewerb anzuwenden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 36  
Nein-Stimmen: 5

Ratsfrau Tadday-Schlichting ist zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

### **8.           **Neubau der Grundschule Lösenbach – Integration der Ergebnisse der „Phase Null“ in die weitere Projektumsetzung** **Vorlage: 167/2026****

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, das im Rahmen der Phase Null definierte pädagogische Raumkonzept als Grundlage für die weiteren Schritte der baulichen Umsetzung heranzuziehen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

### **9.           **Antrag der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion; Bürgernahe, moderne, leistungsfähige und resiliente Verwaltung unter Änderung des Stellenplans****

---

Ratsherr Ersching erklärt, dass seine Fraktion einzelnen Punkten des Antrages nicht zustimmen könne. Dies betreffe insbesondere den vorgesehenen kw-Vermerk (künftig wegfallend) für die Fachbereichsleitung 4 sowie den ku-Vermerk (künftig umzuwandeln) für die Fachbereichsleitung 6. Zudem sei die Zusammenlegung der Fachbereiche 4 und 6 vorgesehen. Gleichzeitig solle ein dritter Wahlbeamter eingerichtet werden. Seine Fraktion lehne dies insbesondere wegen der damit verbundenen zusätzlichen Kosten ab. Ferner solle im Fachbereich 5 eine Leitung für das Jugendamt gesucht werden. Er fragt daher, welche Auswirkungen dies auf die übrigen Fachdienste des Fachbereichs habe. Darüber hinaus werde seine Fraktion den unter den Beschlusspunkten 6 und 7 vorgesehenen Änderungen des Ortsrechts nicht zustimmen.

Ratsherr Oettinghaus teilt mit, dass die AfD-Fraktion dem Beschlusspunkt 3, insbesondere Ziffer 3 b), nicht zustimmen werde. Er beantragt daher, diesen Beschlusspunkt herauszunehmen.

Ratsfrau Tschöke erklärt, dass ihre Fraktion an der bisherigen Fachbereichsstruktur festhalten wolle. Eine Leitung des Jugendamtes sowie eine stabile Struktur im Fachbereich 3 seien unter anderem aufgrund der Schulneubauten, des Ausbaus der Offenen Ganztagschulen (OGS), der Neustrukturierung sowie des Aufbaus der ABC-Klassen von besonderer Bedeutung. Dem Antrag werde die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher nicht zustimmen. Sie beantragt jedoch eine getrennte Abstimmung über Ziffer 3 b) hinsichtlich der Leitung des Jugendamtes.

Ratsherr Holzrichter betont ausdrücklich, wie wichtig es sei, dass im Verwaltungsvorstand neben den Wahlbeamten auch die Fachbereichsleitungen vertreten seien. Darüber hinaus kritisiert er die aus seiner Sicht widersprüchlichen Aussagen in der Beschlussvorlage und deren Begründung zur Einführung einer zusätzlichen Hierarchieebene in Form von Abteilungsleitungen.

Ratsfrau Tschöke bittet erneut um eine gesonderte Abstimmung über die Leitung des Jugendamtes, unabhängig von Ziffer 3 b).

Ratsherr Fröhling führt aus, dass eine dauerhafte Leitung des Jugendamtes dringend erforderlich sei. Von besonderer Bedeutung sei, dass die Stelle ausgeschrieben werden könne. Zudem sei zunächst wichtig, ein Organisationskonzept beziehungsweise eine neue Verwaltungsorganisation zu erarbeiten.

Bürgermeister Wagemeyer erläutert, dass die Einrichtung der Leitung des Jugendamtes an den entsprechenden Vermerk in Ziffer 3 b) gebunden sei. Eine einzelne Abstimmung über die Leitung des Jugendamtes sei daher nicht möglich.

Zunächst lässt er darüber abstimmen, ob der Beschlusspunkt 3 aus dem Beschlussvorschlag rausgelöst und darüber getrennt abgestimmt werden soll.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid lehnt die getrennte Abstimmung über den Beschlusspunkt 3 bei 14 Ja-Stimmen und drei Enthaltungen ab.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 14 |
| Nein-Stimmen: | 25 |
| Enthaltungen: | 3  |

Im Anschluss lässt Bürgermeister Wagemeyer über den gesamten Beschlussvorschlag abstimmen.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit bei 17 Gegenstimmen der AfD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion folgenden

#### **Beschluss:**

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Aufbauorganisation der Verwaltung und nachgehend die Ablauforganisation sowie die Verwaltungsprozesse schrittweise unter

Abkehr von der aktuellen Verwaltungsgliederung wie in der Begründung dargestellt weiterzuentwickeln und dem Rat bis zum Ende des Jahres 2026 ein Organisationskonzept für die zukünftige Verwaltungsstruktur vorzulegen.

2. Ziel der Organisationsentwicklung ist eine leistungsfähige, bürgernahe, moderne und resiliente Verwaltung mit klaren Verantwortlichkeiten, kurzen Entscheidungswegen, einer Reduzierung von Schnittstellen und einer wirtschaftlichen Aufgabenerfüllung.
3. Im Stellenplan werden folgende Änderungen aufgenommen:
  - a) Fachbereichsleitung 4 – kw-Vermerk
  - b) Fachbereichsleitung 5 – ku-Vermerk: Leitung Jugendamt, BesGr. A15
  - c) Fachbereichsleitung 6 – ku-Vermerk: Fachdienstleitung „Klima- und Umweltschutz, Grünflächenplanung (Fachdienst 67)“
  - d) Beigeordneter, BesGr. B2 – Stellenschaffung
4. Die Verwaltung wird beauftragt, schnellstmöglich die Ausschreibung der Stellen
  - Leitung des Jugendamtes,
  - Leitung des Fachdienstes 67 sowie
  - einer Beigeordnetenstelle für den technischen Geschäftsbereich durchzuführen bzw. die Vorbereitungen zu treffen.
5. Der Bürgermeister wird gebeten, den Wahlbeamten im Einvernehmen mit dem Rat Verantwortlichkeiten für die städtischen Beteiligungen zuzuordnen und diese von den Aufgaben des zentralen Beteiligungsmanagements abzugrenzen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig eine Änderung des Ortsrechts vorzulegen, die
  - a) Vergaben im Unterschwellenbereich von einer politischen Beteiligung ausnimmt,
  - b) die bestehenden Wertgrenzen unter Berücksichtigung der zwischenzeitlichen Preisentwicklung mindestens verdoppelt.
7. Die Verwaltung wird gebeten, die Grundsätze der Entbürokratisierung und Verwaltungsvereinfachung auch auf weitere Bereiche des Ortsrechts zu übertragen und entsprechende Vorschläge im Rahmen künftiger Evaluierungen vorzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 25 |
| Nein-Stimmen: | 17 |

---

## **10. Haushalt 2026/2027**

---

### **10.1. Haushaltsreden**

Zum vorliegenden Entwurf von Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2026/2027 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept) nehmen

Ratsherr Fröhling für die CDU-Fraktion (Anlage 1 zur Niederschrift),  
Ratsherr Voß für die SPD-Fraktion (Anlage 2 zur Niederschrift),  
Ratsherr Staubach für die AfD-Fraktion (Anlage 3 zur Niederschrift),  
Ratsherr Andreas Stach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Anlage 4 zur Niederschrift),  
Ratsherr Ersching für die Fraktion Die Linke (Anlage 5 zur Niederschrift)  
sowie

Ratsherr Holzrichter für die FDP-Fraktion (Anlage 6 zur Niederschrift)

Stellung.

Es gilt das gesprochene Wort.

Im Anschluss an seine Haushaltsrede übergibt Ratsherr Ersching einen Protestbrief mit gesammelten Unterschriften gegen die Erhöhung der Grundsteuer B.

**10.2. Stellenplan für den Doppelhaushalt 2026/2027/1. Ergänzung**  
**Vorlage: 119/2026/1**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit bei sechs Gegenstimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion Die Linke folgenden

**Beschluss:**

Der Stellenplan 2026/2027 wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 36 |
| Nein-Stimmen: | 6  |

**10.3. Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Die Linke und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2026; Bereinigung der Haushaltsansätze beim Produkt 01.01.01, Sachkonto 5492200**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag bei 17 Ja-Stimmen der AfD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion Die Linke und der FDP-Fraktion ab.

**Abstimmungsergebnis:**

|               |    |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen:   | 17 |
| Nein-Stimmen: | 24 |

Ratsherr Dregger erklärt sich für befangen und nimmt daher nicht an der Abstimmung teil.

**10.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2026/2027 (einschließlich Haushaltssicherungskonzept)**  
**Vorlage: 180/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit bei 15 Gegenstimmen der AfD-Fraktion, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion Die Linke folgenden

**Beschluss:**

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 sowie das Haushaltssicherungskonzept werden beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 27  
Nein-Stimmen: 15

11. **Aufhebung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Verbot des Verkaufs sowie der Ab- und Weitergabe von Distickstoffmonoxid „Lachgas“ an Minderjährige im Stadtgebiet Lüdenscheid (Lachgasverkaufsverordnung)  
Vorlage: 134/2026**
- 

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Die Ordnungsbehördliche Verordnung über das Verbot des Verkaufs sowie der Ab- und Weitergabe von Distickstoffmonoxid "Lachgas" an Minderjährige im Stadtgebiet Lüdenscheid (Lachgasverkaufsverordnung) wird aufgehoben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

12. **Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und des Offenen Ganztages im Primarbereich  
Vorlage: 141/2026**
- 

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung und Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und des Offenen Ganztages im Primarbereich (Elternbeitragssatzung) vom 26.05.2026 wird beschlossen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

13. **Betreuung und Förderung für Kinder - Aktualisierte Bedarfsplanungen in der Kindertagesbetreuung im Zeitraum 2026/2027  
Vorlage: 144/2026**
- 

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

#### **Beschluss:**

1. Der Rat nimmt die Maßnahmen zur Stabilisierung der Kindertagesbetreuungssituation im Rahmen der aktualisierten Kita-Bedarfsplanung zur Kenntnis.
2. Der Rat stimmt der Schließung einer Gruppe der Gruppenform I der städtischen Kita Kinderinsel zu.
3. Der Rat stimmt der Schließung einer Gruppe der Gruppenform II der DRK-Kita Lösenbach zu.
4. Der Rat stimmt der vorübergehenden Nichtbelegung einer halben Gruppe der Gruppenform III der AWO-Kita Bunte Kluse sowie einer halben Gruppe der Gruppenform I der DRK-Kita Am Stadtpark zu.
5. Der Rat stimmt der Reduzierung der Plätze für Kindertagespflege von 150 auf 120 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

**14. Strukturelle Neuausrichtung des Programms „Stärkung der Basiskompetenzen – Förderung der Schulfähigkeit“  
Vorlage: 184/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1.) Zur langfristigen Sicherung des Programms „Stärkung der Basiskompetenzen – Förderung der Schulfähigkeit“ sowie zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendamt werden aus den bislang für Honorarkräfte eingesetzten Haushaltsmitteln zunächst zwei befristete Stellen mit einem Umfang von jeweils 0,5 VZÄ in Entgeltgruppe S 8b TVöD-SuE eingerichtet.
- 2.) Das Programm wird künftig unter der Bezeichnung „Basiskompetenzen stärken“ fortgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

**15. Entgelt für die Mittagsmahlzeiten in den städtischen Kindertageseinrichtungen  
Vorlage: 142/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit bei drei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke folgenden

**Beschluss:**

Das Entgelt für das Mittagessen in den städtischen Kindertageseinrichtungen im Kindergartenjahr 2026/2027 wird auf 4,31 pro Portion festgesetzt. Dies entspricht einem Monatsbeitrag von 82,25 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 39  
Nein-Stimmen: 3

**16. Einrichtung von Familiengrundschulzentren in Lüdenscheid; hier:  
Schaffung der organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen  
Vorlage: 194/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Für die kommunale Koordinierung der Familiengrundschulzentren in Lüdenscheid wird eine auf den Förderzeitraum befristete Stelle mit einem Stellenumfang von 0,5 VZÄ eingerichtet und in den Stellenplan aufgenommen. Die Stelle ist zunächst bis zum 31.07.2029 zu befristen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Haushaltsmittel für den kommunalen Eigenanteil im Rahmen der Förderung von Familiengrundschulzentren bereitzustellen und in die Haushalts- und Finanzplanung aufzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Vorliegen der Entscheidung des Fördermittelgebers über den bereits gestellten Antrag der Grundschule Tinsberg die für die Umsetzung des Familiengrundschulzentrums erforderlichen organisatorischen, personellen und finanziellen Voraussetzungen zu schaffen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den weiteren am Startchancen-Programm teilnehmenden Grundschulen die Voraussetzungen für eine mögliche Ausweitung des Programms auf weitere Familiengrundschulzentren zu prüfen und bei entsprechendem Interesse der Schulen sowie Vorliegen der Fördervoraussetzungen weitere Förderanträge vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

**17. Antrag der CDU-Fraktion und SPD-Fraktion; Stadtentwicklung Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept ISEK**

---

Ratsherr Ersching erklärt, dass die Fraktion Die Linke dem Beschlussvorschlag zustimme. Kritik äußere die Fraktion jedoch an Teilen der Begründung. Insbesondere verweist er auf die Ausführungen zum Adlergebäude, in denen aus seiner Sicht bereits nahezu Fakten vorweggenommen würden. Des Weiteren betont er die Bedeutung der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Erarbeitung des Entwicklungskonzepts.

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst mit Stimmenmehrheit bei neun Gegenstimmen der AfD-Fraktion folgenden

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid beschließt:

1. Der Fachdienst 61 – Stadtentwicklung und Stadtplanung wird beauftragt, für einen Teilbereich der Lüdenscheider Innenstadt ein Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) zu erarbeiten.
2. Der räumliche Geltungsbereich des ISEK ist im Rahmen der konzeptionellen Analyse in Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg festzulegen. Der Geltungsbereich soll dabei mindestens folgende Bereiche umfassen:
  - das Adlergebäude einschließlich seines städtebaulichen Umfeldes,
  - das Forum einschließlich seines Umfeldes,
  - die Knapper Straße,
  - das Kulturhaus einschließlich seines Umfeldes,
  - die Parkpalette Turmstraße,
  - das Gebäude Peek & Cloppenburg.
3. Die Erarbeitung des ISEK hat unter Berücksichtigung bestehender Planungen sowie unter Durchführung geeigneter Formate der Bürgerbeteiligung zu erfolgen. Bestehende städtebauliche Konzepte sind einzubeziehen und, sofern erforderlich, fortzuschreiben.
4. Ziel des ISEK ist die Entwicklung einer integrierten, nachhaltigen und förderfähigen Gesamtstrategie für den Untersuchungsraum sowie die Schaffung der fachlichen Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Fördermitteln der Städtebauförderung.
5. Das von der Agentur Rouiarie O'Brien erarbeitete Lichtkonzept für die Innenstadt ist als fachlicher Bestandteil in die Analyse und Konzeptentwicklung einzubeziehen.
6. Im Rahmen des ISEK sollen insbesondere konzeptionelle Aussagen getroffen werden zu:
  - der nachhaltigen Umnutzung innerstädtischer Leerstände,
  - der Stärkung von Wohnnutzungen in der Innenstadt,
  - der Weiterentwicklung einer nachhaltigen Parkraumbewirtschaftung,
  - der Qualifizierung öffentlicher Räume und Freiflächen,
  - der funktionalen und städtebaulichen Vernetzung der im Untersuchungsraum liegenden Teilbereiche,
  - weiteren Themenfeldern, die sich aus dem Analyseprozess ergeben.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 33  
Nein-Stimmen: 9

- 
18. **Antrag der AfD-Fraktion vom 03.06.2026; Überarbeitung des Lüdenscheider Wärmeplanes für eine durch Stadt und Bürger finanzierbare, sozialverträgliche, technisch umsetzbare, technologieoffene und auf**
-

**lokalen Ressourcen fußende und damit resiliente, weltmarktunabhängige  
Wärme- und Stromversorgung**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid lehnt den Antrag bei neun Ja-Stimmen der AfD-Fraktion ab.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 9  
Nein-Stimmen: 33

**19. Schiedsamtswesen – Stellvertreterregelung und Besetzung Bezirk I  
Vorlage: 177/2026**

**19.1. Schiedsamtswesen – Niederlegung Schiedsamt Bezirk I sowie  
Ergänzende Stellvertreterregelung für die Bezirke I, II, III und IV  
1.Ergänzung: Neubesetzung Schiedsamtsbezirk I  
Vorlage: 177/2026/1**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Die Schiedsamtspersonen des Bezirks I und II sowie die Schiedsamtspersonen des Bezirks III und IV vertreten sich jeweils wechselseitig. Sollten die sich wechselseitig vertretenden Schiedspersonen verhindert bzw. der Schiedsamtsbezirk nicht besetzt sein, vertreten sich die Bezirke I und II mit den Bezirken III und IV wechselseitig. Die Vertretung erfolgt hier jeweils im Wechsel, beginnend mit der niedrigsten Nummer. Ausschlaggebend für die Vertretungszuständigkeit ist das Eingangsdatum des Schiedsbegehrens.
2. Frau Estefania Stavridis, wohnhaft Danziger Weg 30, 58511 Lüdenscheid, wird für 5 Jahre zur Schiedsperson für den Schiedsamtsbezirk I und zur Stellvertreterin des Bezirks II gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

**20. Vertretung der Stadt Lüdenscheid in Organen, Beiräten oder Ausschüssen  
von juristischen Personen oder Personenvereinigungen  
(Mitgliedschaftsrechte)  
Vorlage: 202/2026**

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Zur Wahrnehmung der Mitgliedschaftsrechte in Organen, Beiräten oder Ausschüssen der juristischen Personen oder Personenvereinigungen, in denen die Stadt Lüdenscheid

vertreten ist, werden die in der beigefügten Anlage aufgeführten Vertreter\*innen gemäß § 50 Absatz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

**21. Benennung für die Ausschüsse hier: Nachbenennung und erweiterte Vertretungen aus dem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration  
Vorlage: 209/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Frau Lika Kalaitzidou als Mitglied des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration wird in den Jugendhilfeausschuss entsandt.
2. Ferner wird für die vom Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration benannten Gremienmitglieder und deren benannte Vertretung folgende weitere Vertretungsregelung beschlossen. Nach der benannten Stellvertretung übernehmen die weiteren Mitglieder des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration die Vertretung in alphabetischer Reihenfolge, beginnend mit der namentlich benannten Stellvertretung.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

**22. Umbesetzungen von Ausschüssen: hier: Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration, Jugendhilfeausschuss  
Vorlage: 211/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

Als weiteres stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration wird Ratsherr Thomas Staubach benannt.

Ratsherr Leif Rosenberg wird als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss anstelle von Ratsherrn Darius Stach benannt.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 41

Bürgermeister Wagemeyer hat kein Stimmrecht.

### **23. Umbesetzung von Ausschüssen** **Vorlage: 205/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die folgenden Benennungen zur Kenntnis:

#### Ausschuss für Bürgeranliegen

Ratsherr Peter Oettinghaus als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

#### Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie

Ratsherr Leif Rosenberg als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

#### Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Ratsherr Christoph Thiel als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

#### Jugendhilfeausschuss

Für die Zeit vom 14.04.2026 bis 28.06.2026:

Frau Aida Jukic als beratendes Mitglied von der Arbeitsverwaltung (Bundesagentur für Arbeit) anstelle von Herrn Jochen Grün.

Für die Zeit ab dem 29.06.2026:

Herr Nico Confortola als beratendes Mitglied von der Arbeitsverwaltung anstelle von Frau Aida Jukic. Frau Peggy Kühn als stellvertretendes Mitglied von der Arbeitsverwaltung.

#### Kulturausschuss

Ratsherr Damijan Kaufman als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

#### Schulausschuss

Ratsherr Thomas Rösner als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

Frau Eylin Asbeck als stimmberechtigtes Mitglied anstelle von Herrn Max Jalaly.

#### Sportausschuss

Ratsherr Tobias Weigt als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

#### Stadtplanungsausschuss

Ratsherr Peter Oettinghaus als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

Frau Nancy Janine Blasweiler-Kraft als stimmberechtigtes Mitglied anstelle von Frau Eylin Asbeck.

#### Rechnungsprüfungsausschuss

Ratsherr Tobias Weigt als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

#### Werksausschuss STL

Ratsherr Thomas Staubach als weiteres stellvertretendes Mitglied der AfD-Fraktion.

**24. Allgemeine Vertretungslisten der SPD-Fraktion**  
**Vorlage: 213/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die Vertretungslisten zur Kenntnis.

**25. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des**  
**Jahresergebnisses des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes**  
**Lüdenscheid (STL) für das Jahr 2025**  
**Vorlage: 154/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

**Beschluss:**

1. Der Jahresabschluss des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid zum 31.12.2025 sowie der Lagebericht werden in der vorgelegten Form mit einer Bilanzsumme von 10.681.079,81 Euro und einem Jahresfehlbetrag von 396.661,28 Euro festgestellt.
2. Die Werkleitung schlägt dem Werksausschuss vor, den Jahresfehlbetrag von 396.661,28 Euro wie folgt zu verwenden:
  - -368.367,02 € aus den hoheitlichen Betriebsbereichen
  - und
  - -28.294,26 € aus den gewerblichen Betriebsbereichen (BgA)

werden auf neue Rechnung vorgetragen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 42

**26. Bekanntgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und**  
**Auszahlungen der Haushaltsjahre 2024, 2025 und 2026**  
**Vorlage: 164/2026**

---

Der Rat der Stadt Lüdenscheid nimmt die in der Beschlussvorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen der Haushalte 2024, 2025 und 2026 zur Kenntnis.

**27. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

**27.1. Bekanntgaben**

---

**27.1.1. Nachfrage bei dem Städtetag zum Antrag der Fraktion Die Linke aus der Ratssitzung vom 20.04.2026.; Endlich handeln: Kommunale Selbstverwaltung verteidigen**

---

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass sich beim Städtetag mehrere große Städte zusammengeschlossen und Klage gegen verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit der Konnexität eingereicht hätten. Er empfiehlt, zunächst den Ausgang dieser Klageverfahren abzuwarten, bevor eine eigene Klage eingereicht werde.

**27.2. Beantwortung von Anfragen**

---

Es liegen keine Beantwortungen von Anfragen vor.

**27.3. Anfragen**

---

**27.3.1. Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.05.2026; Kooperation zwischen der VHS und dem Kulturverein „Frieda“**

---

Die schriftliche Anfrage sowie die Beantwortung sind der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.

**27.3.2. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 10.07.2026; Sicherheit im Jugendamt**

---

Fachbereichsleiter Reuver berichtet, dass das Thema Sicherheit in Jugendämtern auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene intensiv beraten werde. Auch auf einer Konferenz der Jugenddezernenten in Südwestfalen sei das Thema ausführlich behandelt worden. Im Jugendamt selbst seien die bestehenden Sicherheitsvorkehrungen und mögliche Nachbesserungen überprüft worden. Im Verwaltungsvorstand am 07.07.2026 sei das Thema ebenfalls beraten und aufgrund weiterer anstehender Gespräche auf die Sitzung nach der Sommerpause verschoben worden.

Aus der Konferenz berichtet Herr Reuver unter anderem von unterschiedlichen Sicherheitskonzepten anderer Kommunen. In Arnsberg würden beispielsweise kritische Gespräche nach vorheriger Absprache im Amtsgericht geführt, das nur über eine Sicherheitsschleuse betreten werden könne. In Lippstadt sei eine Datei aufgebaut worden, in der Informationen zu Personen aus verschiedenen Behörden zusammengeführt würden, um Mitarbeitende bei erwartbaren kritischen Haus- oder Außenterminen entsprechend vorzubereiten. Zudem sei von der Möglichkeit berichtet worden, dass Jugendamtsmitarbeitende Einsicht in die Waffenbesitzkartendatei nehmen könnten.

Zu den bestehenden Sicherheitsvorkehrungen erklärt Herr Reuver, dass man mit dem Vieraugenprinzip, Doppelzuständigkeiten und der Einbeziehung übergeordneter Hierarchieebenen bereits gut aufgestellt sei. Zudem seien Selbstverteidigungs- und Deeskalationstrainings durchgeführt worden.

Als weitere Themen zur Verbesserung der Sicherheit nennt er insbesondere die Parkplatzsituation, da es auch nach Gesprächen zu verbalen Angriffen oder dem Auflauern von Mitarbeitenden auf dem Weg zum Fahrzeug gekommen sei. Vorfälle würden konsequent angezeigt und verfolgt. Auch die psychologische Nachsorge könne noch verbessert werden. Die Möglichkeit von Auskunftssperren für Mitarbeitende werde ebenfalls geprüft, wobei hierzu unterschiedliche Einschätzungen bestünden.

Weiterhin würden die Rufbereitschaft sowie die Einrichtung eines telefonischen Alarmierungssystems geprüft. Auch mögliche Zielkonflikte zwischen Brandschutzanforderungen und Sicherheitsvorkehrungen bei Amoklagen, beispielsweise hinsichtlich der Türklinken, seien zu berücksichtigen.

Herr Reuver betont, dass ein Restrisiko immer bestehen bleibe. Die Sicherheitsmaßnahmen würden daher fortlaufend überprüft und weiterentwickelt. Nach der Sommerpause solle das Thema erneut im Verwaltungsvorstand und anschließend im Jugendhilfeausschuss aufgegriffen werden.

**27.3.3. Schriftliche Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.07.2026; Sponsoring eines Dienstfahrzeugs der Stadt Lüdenscheid**

---

Bürgermeister Wagemeyer teilt mit, dass die Anfrage in einer nachfolgenden Sitzung beantwortet wird.

*gez. Wagemeyer*

---

Vorsitzender

*gez. A. Mellinger*

---

Schriftführerin